Bezugs-Preis
In der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50. Bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition: Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 531. Mittwoch den 17. October 1894. 88. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nachtrag

zu der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten, Mittwoch, den 17. October 1894, Abends 7 Uhr, im Sitzungssaale am Naschmarkte.

Berichte des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über a. die Rathsvorlage, betr. Verkauf einer Arealfläche in Leipzig-Eutritzsch an die Herren Wölker u. Gen., und ein Abkommen wegen Durchführung der Langen Straße; b. ein Abkommen mit Herrn Göbel über Arealerwerbung ꝛc. zum Zwecke der Verbreiterung der Bornaischen Straße.

Leipzig, am 16. October 1894.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Dr. Schill.

Bekanntmachung.

Die **Entschädigung** für die in **Leipzig-Gohlis** vom **19.** zum **20. September** d. J. in der **Anton-, Augusten-, Brüder-, Böttcherstraße,** im **Bergsträßchen,** in der **Eisenbahn-, Garten-,** unteren **Georg-,** äußeren **Hallischen-, Haupt-, Karlstraße,** am **Kirch-Platz,** in der **Langen-, Lindenthaler-, Linden-, Mittel-, Schüler-, Seiten-** und **Stiftstraße** einquartiert gewesenen **Truppen** vom **königl. 7. Infanterie-Regiment „Prinz Georg" Nr. 106,** kann in den nächsten 8 Tagen bei unserem Quartieramte, Naschmarkt Nr. 2, im Erdgeschoß links, Zimmer Nr. 30 erhoben werden. Der das Quartierbillet Vorweisende gilt als zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, am 16. October 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lamprecht.

Bauplatz-Versteigerung.

Der der Stadtgemeinde gehörige, an der Ecke der Göschen- und der Rostitzstraße in Leipzig-Reudnitz gelegene Bauplatz Nr. 13 des Parcellirungsplanes Nr. 6527 T. V. von 615,3 qm Flächengehalt soll

Montag, den 22. dss. Mts. Vormittags 11 Uhr

im alten Polizeiamtsgebäude Reichsstraße Nr. 3, I. Obergeschoß, Zimmer Nr. 23 zum Verkaufe versteigert werden.

Der Versteigerungstermin wird pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung des fraglichen Bauplatzes geschlossen werden, wenn darauf nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen und der Parcellirungsplan liegen auf dem Rathhause, I. Etage, zur Einsichtnahme aus. Exemplare davon werden in der Sportelcasse I, Naschmarkt Nr. 2, I. Etage Zimmer Nr. 6 für 1 ₰ abgegeben.

Leipzig, den 10. October 1894.

Ia. 4282/2118 **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Krambiegel.

Bekanntmachung.

Die **Macadamisirung der Hardenberg-Straße,** zwischen der Süd- und der Koch-Straße, soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen und Unterlagen für diese Arbeit liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 23 aus und können dort eingesehen oder gegen Entrichtung von 0,50 ₰, die auch in Briefmarken eingesendet werden können, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Macadamisirung der Hardenberg-Straße"
versehen in dem oben bezeichneten Geschäftszimmer **bis zum 23. dss. Mts.,** 5 Uhr Nachmittags einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 15. October 1894.

Ic. 4268. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbaudeputation.**

Ausschreibung,

den Neubau des Grassi-Museums in Leipzig betr.

Loos II der **Maler-** und **Lackirer-Arbeiten** soll vergeben werden.

Die Bedingungen und Arbeitsverzeichnisse können bei unserer Hochbauverwaltung, Rathhaus, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5 gegen portos- und bestellgeldfreie Einsendung von 1 ℳ 50 ₰, die auch in Briefmarken erlegt werden können, bezogen bez. daselbst eingesehen werden.

Nähere Auskunft über Ausführung ꝛc. wird im Baubureau des Grassi-Museums an der Kramerstraße ertheilt.

Die Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Grassi-Museum Loos II der Maler- und Lackirer-Arbeiten" bis zum **25. d. M., Vormittags 10 Uhr**

im Rathhause, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5 portofrei einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern, die Theilung der Arbeit, sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 16. October 1894.

Ia. 4647. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Lindner.

Gesucht

wird der am 19. Juli 1853 in Rötha geborene Fabrikarbeiter **Eduard Traugott Schmidt,** welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, den 15. October 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt, Abth. II.

A. R. II. I. 5803. Hentschel. Kunitz.

Gesucht

wird der am 21. September 1864 in Ustodzany geborene Handarbeiter **Stanislaus Pniewski,** welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, den 13. October 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt, Abth. II.

A. R. VI, Abth. II. 1894. Hentschel. Meyer.

Fondsbörse zu Leipzig.

Die von den **Mitgliedern der Fondsbörse** vorzunehmende **Wahl von 2 Mitgliedern** des behufs Umlegung der **Jahresbeiträge für 1894** zu bestellenden **Schätzungs-Ausschusses** wird hiermit auf

Mittwoch, den 17. October d. J.,

unmittelbar nach Börsenschluß im großen Börsensaale anberaumt. Das Nähere ergiebt der Börsenaushang.

Leipzig, den 9. October 1894.

Die Abgeordneten der I. Abtheilung des Börsenvorstandes:
Franz Schlick. Oskar Meyer. Dr. Max Huth.
Bleyl, Börsensecretair.

Nicolaigymnasium.

Die **Anmeldungen** für die nächste **Osteraufnahme** nehme ich schon am 25., 26. und 27. October Vormittags von ½11 bis ½1 Uhr in meinem Dienstzimmer (Königstraße 30, part.) entgegen. Gleich bei der Anmeldung erbitte ich mir eine Geburtsurkunde, den Impfschein und die letzte Schulcensur. Persönliche Vorstellung der Knaben ist erwünscht.

Leipzig, den 16. October 1894.

Prof. Dr. Otto Kaemmel,
Rector.

Bismarck und das preußische Abgeordnetenhaus in der polnischen Frage von 1863.*)

ß. Die Gefährlichkeit der national-polnischen Bestrebungen für Preußen und das Reich ist vom Fürsten Bismarck schon vor einem halben Jahrhundert erkannt und nicht weniger entschieden als jüngst in den Reden an die Posener und Westpreußen bekämpft worden. Wir erinnern nur an das im „Leipz. Tagebl" vor einiger Zeit abgedruckte Schreiben, das er der „Magdeb. Ztg." im Jahre 1848 sandte, und an seine Rede über die Polenfrage im Vereinigten Landtage, deren wichtigsten Theil wir gleichfalls an dieser Stelle abgedruckt haben. Preußischer Ministerpräsident geworden, erhielt er schon 1863 durch den Ausbruch der polnischen Revolution in Rußland Gelegenheit, seiner Auffassung von den national-polnischen Bestrebungen durch Thaten Ausdruck zu geben. Und wenn er damals im Gegensatze zu allen Großmächten nicht nur, sondern auch im Gegensatze zu der Mehrheit der preußischen Volksvertretung seiner Ueberzeugung unerschütterlich treu blieb, so beweist dies, daß seine Bemerkung zu dem englischen Gesandten Buchanan: „Für uns ist die Unterdrückung des Aufstandes eine Frage über Leben und Tod" — schlechterdings keine Phrase, sondern voller Ernst war.

Auf die erste Nachricht vom Ausbruche der Revolution wurde am 1. Februar General von Alvensleben nach Petersburg gesandt, um zu erklären, daß Preußen gegenüber der polnischen Empörung dem Zarenreiche sich „als einen Bundesgenossen zur Seite stelle, der von einem gemeinsamen Feinde bedroht werde". Der Zar schlug in die dargebotene Hand sofort ein. Am 8. Februar wurde von Alvensleben und Gortschakoff der Vertrag unterzeichnet, der bestimmte, daß die an der Grenze stehenden preußischen und russischen Truppenführer gegenseitig sich unterstützen und nöthigen Falls zur Verfolgung der Rebellen die Grenze überschreiten sollten; auch alle polnischen Umtriebe, die in Preußen gegen Rußland und in Rußland gegen Preußen gesponnen würden, sollten dem anderen Staate mitgetheilt werden. Ganz anders verhielten sich die übrigen Großmächte. Oesterreich ließ mit Behagen Tausende von Freiwilligen nach Polen strömen, England wünschte dem Aufstand den besten Erfolg und Napoleon III. war entschlossen, „für Polen etwas zu thun", weil Neuwahlen bevorstanden und die öffentliche Meinung in Frankreich Dank der Wirksamkeit polnischer und klerikaler Agitatoren ungestüm die Parteinahme für Polen verlangte. Der neue französische Minister des Aeußern, der ultramontane Heißsporn Drouyn de l'Huys, führte von Tag zu Tag eine drohendere Sprache. Nur Bismarck's Entlassung könne noch ein gutes Verhältniß herstellen, sagte er schließlich dem preußischen Gesandten Grafen Goltz. Und am 21. Februar forderte er die Cabinete von London und Wien auf, in einer gemeinsamen Note Preußen das Bedauern der Mächte über den Vertrag mit Rußland und die Hoffnung auszusprechen, Preußen werde die Aufhebung des Abkommens in seinem eigenen Interesse beschließen. Einer solchen Note mochten aber weder England noch Oesterreich beitreten, und so endete der diplomatische Feldzug Frankreichs mit einer schweren Niederlage.

Wie der französische Minister, so hoffte auch die Opposition des preußischen Abgeordnetenhauses, Herrn v. Bismarck bei dieser Gelegenheit zu stürzen. Die preußische Regierung hatte am 1. Februar an die Bevölkerung des Großherzogthums Posen einen Erlaß gerichtet, der die Bewohner der Provinz dringend warnte, den polnischen Aufrührern Beistand zu leisten, da sonst die Strafen des Hochverraths eintreten würden. Der Führer der polnischen Landtagsfraction, Abgeordneter Kantack, machte diesen Erlaß am 16. Februar zum Gegenstand einer Interpellation im Abgeordnetenhause, die Bismarck namens des gesammten Staatsministeriums mit der Erklärung beantwortete, daß Preußen jedem Versuche, auf Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches mit allen Mitteln seiner Macht entgegentreten werde. Dabei bekam der Interpellant die unangenehme Thatsache zu hören: „Es liegen uns über die Bestrebungen, auch auf preußischem Gebiete den Aufstand so weit vorzubereiten, daß er im günstigen Augenblicke ins Leben gerufen werden könnte, amtliche Anzeigen vor." Eine Verhandlung schloß sich an diese Interpellation nicht. Anders am 18. Februar. An diesem Tage fühlten sich nämlich die Abgeordneten Schulze-Delitzsch und v. Carlowitz gedrungen, der allgemeinen Entrüstung über die vom Hörensagen bekannte Convention Preußens mit Rußland in einer Interpellation Ausdruck zu geben, welche lautete: „Ob ein Vertrag mit Rußland zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes abgeschlossen worden, eventuell, was der Inhalt desselben sei?" Bismarck erklärte darauf kurz: „Die königliche Staatsregierung lehnt es ab, die gestellte Interpellation zu beantworten." Gleichwohl beschloß das Haus, sofort in eine Besprechung der Interpellation einzutreten.

Der erste Redner war v. Unruh. Er meinte, wenn man die halbe preußische Armee mobil gemacht habe, nur um für Ruhe und Sicherheit im eigenen Lande zu sorgen, „so wäre das ungefähr so viel heißen, als ein Dorf anstecken, um einen Brief dabei zu lesen". Die russische Politik sei der preußischen an Weitsichtigkeit von jeher überlegen gewesen; sie habe Preußen immer als bequeme Schutzmauer betrachtet, werde aber nie ein Preußen dulden, das selbstständige Politik triebe. Es empfehle sich für Preußen nur eine Politik der Nichteinmischung; denn England habe seine Warnungsstimme schon hören lassen, Frankreich schweige zwar noch, werde aber Einspruch erheben, wenn Preußen genügend engagirt sei, um ihm dann ein zweites Olmütz zu bereiten. Wenn die preußische Regierung sich übereile und muthwillig unter den ungünstigsten Umständen in auswärtige Verwickelungen sich einlasse und eine aggressive Politik betreibe, so werde das Haus diesem Ministerium zu einer solchen Politik auch nicht einen Thaler bewilligen.

Bismarck betonte in seiner Antwort zunächst, daß auch für Schmähungen gegen die eigene Regierung vor der Oeffentlichkeit und vor dem Auslande gewisse Grenzen sich empfehlen, und fuhr dann fort: „Mobil gemacht haben wir gar nichts, kein einziger Truppentheil befindet sich auf mobilem Fuße. Ich möchte wohl, wir hätten verfahren können, den entgegengesetzten Weg einschlagen, daß wir nämlich gar nichts gethan hätten, und ich hätte dann die Declamationen hören mögen gegen die Kurzsichtigkeit der Regierung, gegen den Mangel an Vorsicht im Schutz preußischer Unterthanen. Wir glauben besser zu thun, wenn wir einige hunderttausend Thaler in dieser Richtung ausgeben, als wenn wir es darauf ankommen lassen, daß einige hundert oder tausend preußische Einwohner in dieselbe Lage — ob auch nur vorübergehend — gerathen, in welcher heutzutage ein großer Theil der russischen Unterthanen sich befindet. In dieser ganzen Sache kommt es uns nicht auf russische Politik und auch nicht auf unser Verhältniß zu Rußland an, sondern lediglich auf das Verhältniß Preußens gegen die polnische Insurrection und auf den Schutz preußischer Unterthanen gegen die Nachtheile, die aus dieser Insurrection für dieselben hervorgehen können. Daß Rußland keine preußische Politik treibt, weiß ich, weiß Jeder. Es hat auch keinen Beruf dazu; im Gegentheil hat es die Verpflichtung, russische Politik zu treiben. Ob ein unabhängiges Polen, welches sich an der Stelle von Rußland in Warschau etabliren möchte, preußische Politik treiben würde, ob es ein leidenschaftlicher Bundesgenosse Preußens gegen auswärtige Mächte sein würde, ob es sich bemühen würde, Posen und Danzig in preußischen Händen zu bewahren, meine Herren, das überlasse ich Ihrer eigenen Erwägung zu ermessen. Der Herr Vorredner hat angedeutet, als ob von irgend einer auswärtigen Macht Drohungen oder Rathschläge über unser Verhalten gegen die polnische Insurrection uns zugegangen wären. Wir haben deren weder erhalten noch erwarten wir sie."

Der Abgeordnete Waldeck erhob sich darauf zu heftigem Angriff. Er hielt das Bestehen einer Convention mit Rußland für zweifellos, da der Ministerpräsident sonst „die große Verpflichtung dem Lande und Europa gegenüber gehabt haben würde, ein einfaches und ruhiges Nein zu sagen, ein Nein, welches der Ehre Preußens angemessen sein würde". Der Gendarmendienst, den Preußen an Rußland leiste, „müsse jedem Preußen die Schamröthe ins Gesicht treiben". Die Rede war im Uebrigen ein Seitenstück zu dem Spruch des Abgeordneten Jäckel im Sächsischen „Unverstandelandtage" von 1849: „Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, aber ich mißbillige sie." Der Abgeordnete Waldeck kannte den Inhalt des Vertrages mit Rußland nicht im Geringsten, aber gleichwohl trug er kein Bedenken, ihn mit der Ehre Preußens für unvereinbar zu erklären. Bismarck mahnte zunächst den Präsidenten Grabow — freilich ganz vergeblich — an seine Pflicht. Er sagte: „Wenn ich recht gehört habe, hat der Herr Vorredner sich dahin ausgesprochen, er hätte auf die Interpellation von mir dasjenige Nein erwartet, welches allein der Ehre Preußens entsprechen hätte. Der Herr Präsident hat diese Aeußerung nicht monirt, ich nehme daher an, daß ich sie mißverstanden habe." — Ein lautes „Nein!" scholl von der Linken her zur Antwort. Obwohl hiernach feststand, daß Waldeck's Gesinnungsgenossen diesen ebenso verstanden hatten wie der Minister, und daß Waldeck diesen also beschuldigte, eine mit der Ehre Preußens unverträgliche Antwort gegeben zu haben, schritt Herr Grabow doch nicht ein. Da schützte sich Bismarck selbst durch die Worte: „Ich glaube, für die Ehre Preußens mindestens so viel Sinn zu haben, wie der Herr Abgeordnete Waldeck, und glaube dies durch mein Verhalten in der Gegenwart, durch mein Verhalten in der Vergangenheit in reichem Maße bethätigt zu haben. (Sehr gut! Bravo rechts.) Mir fiel bei dieser Aeußerung ein Vorgang im englischen Parlament ein, meine Herren, auf das Sie sich so gern berufen. Es handelte sich um die Abschaffung von Monopolien, und einer der englischen Staatsmänner bemerkte dabei nicht mit Unrecht, das gehässigste aller Monopole sei dasjenige der politischen Einsicht und Tugend, welches einzelne Parteien und Parteiführer sich beilegten." (Bravo! rechts. Lachen links.)

Der Abgeordnete Virchow entwickelte die Meinung, daß die Convention mit Rußland nach Art. 48 der Verfassung der Genehmigung der Kammern bedürfe, da sie dem Staat Lasten und einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlege. Die Einberufung der Reserven außerhalb des Kriegsfalles sei ohne Zweifel eine den Staatsbürgern auferlegte Last. Preußen möge doch, statt seine militairische Operation in Petersburg freiwillig und unaufgefordert anzubieten, dort lieber dazu rathen, daß man endlich dem Königreich Polen Institutionen gebe, die geeignet seien, auf die Dauer ähnlichen Ausbrüchen vorzubeugen. Bismarck antwortete dem gelehrten Anthropologen: „Ich glaube, die Berechtigung der Regierung zur Einziehung der Reserven beruht auf jenem Artikel der Verfassung, der Sr. Majestät dem Könige den Oberbefehl über die Armee beilegt, und die Reserven gehören zur Armee. (Heiterkeit.) Am Schluß seiner Rede bedauert der Herr Vorredner, daß wir anstatt einer militairischen Intervention, zu der er uns die Absicht zuschreibt, nicht eine diplomatische hätten eintreten lassen, um die russische Regierung zu einer anderen Regierungsweise in Polen zu bewegen, als sie eingeschlagen hat. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß dergleichen Rathschläge an fremde Regierungen, wie sie im Innern zu regieren haben, immer etwas Mißliches haben, weil sie sehr leicht zur Reciprocität führen." (Große anhaltende Heiterkeit.)

Um diesen willkommenen Stoff noch weiter auszunutzen, brachten am nämlichen Tage die Abgeordneten v. Hoverbeck und v. Carlowitz noch den förmlichen Antrag ein: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: Das Interesse Preußens erfordert, daß die königliche Staatsregierung gegenüber dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande weder der russischen Regierung noch dem Aufstande irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende, demgemäß also auch keinem der kämpfenden Theile gestatte, das preußische Gebiet ohne vorherige Entwaffnung zu betreten." Im Ausschuß, an welchen dieser Antrag verwiesen wurde, blieb derselbe ohne jede Abänderung und wurde in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. Februar durch den Berichterstatter Abgeordneten v. Sybel zur Annahme empfohlen. Seine Rede war ein entrüsteter Protest gegen die gesammte Politik Bismarck's, „welche uns aus freien Stücken mit der Mitschuld an einer kolossalen, von ganz Europa mit sittlicher Empörung betrachteten Menschenjagd belastet, welche selbst unseren Staat in alle Gefahren Rußlands hineindrängt, welche eine in den polnischen Wäldern glimmende Insurrection ohne Noth zur europäischen Frage umschafft, ohne die versammelte Landesvertretung einer Anfrage, ja nur einer Anzeige zu würdigen, welche damit wieder sich das Zeugniß ausstellt, daß die Essenz ihres Wesens die Nichtachtung des Rechtes ist, daß sie weder im Innern noch nach außen handeln, weder ruhen noch wirken, ja ich möchte sagen, weder leben noch sterben kann, ohne die Gesetze dieses Landes zu verletzen". So sprachen damals die maßvollsten Männer, der gefeierte Meister deutscher Geschichtswissenschaft; gleich darauf setzte der berühmte Lehrer des deutschen Verfassungsrechtes, v. Mohl, hinzu: diese Politik gefährde sogar die Existenz der Dynastie aufs Aeußerste.

Bismarck betrat den Sitzungssaal erst, als noch eine Reihe anderer Redner gesprochen hatte. Dann ging er aber sofort zum Angriff über. Daß die polnische Fraction die erste Interpellation eingebracht habe, wundere ihn nicht. „Befremdlicher war es, daß diese Interpellation von deutschen Abgeordneten mit unterzeichnet war. Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt. (Heiterkeit. Sehr gut rechts.) Die Regierung fand es durch die Staatsinteressen vorgeschrieben, die Beantwortung dieser Interpellation abzulehnen. In jedem anderen mir bekannten Parlamente würde auch die strengste Opposition, die unfriedenste mit der bestehenden Regierung, von der Verfolgung der Interpellation von dem Augenblick an Abstand genommen haben, und ich knüpfe daran den Wunsch: Geben Sie uns ein englisches Unterhaus und dann fordern Sie englische Institutionen! (Bewegung. Ruf: Oberhaus!) Das Oberhaus ist weniger wichtig. (Große Heiterkeit.) Ein Unterhaus wie das englische würde unser Oberhaus entbehrlich machen. Das Parteiinteresse ist mit dem Staatsinteresse nicht zusammengefallen; es forderte die Discussion. In dieser Discussion traten nun die deutschen Redner schon unverhüllter mit ihrer Sympathie für die polnische Sache hervor." Das wird an Waldeck's und v. Unruh's Rede dargelegt. Unruh habe unter dem lebhaften Beifall des Hauses erklärt: „wenn aus den Verfehmungen, welche die Regierung zur Sicherung unserer Grenzen und unserer Interessen getroffen hat, auswärtige Verwickelungen entstehen sollten, würde das Haus die Mittel zur Landesvertheidigung dem Könige verweigern. Heißt das nicht, dem Auslande zurufen: „Kommt her, der Augenblick ist günstig, Preußen . . ." (Unterbrechung und Widerspruch). Nun, es freut mich, daß Sie noch ein Gefühl der Entrüstung äußern . . ." (Unterbrechung. Ruf: Zur Ordnung!)

Die Scene wurde nun immer erregter. Vicepräsident Behrend konnte der Unruhe kaum bewältigen. Als dies einigermaßen gelungen war, erklärte er: „Einen Ordnungsruf über diese Aeußerung halte ich nicht für gerechtfertigt. Der Herr Ministerpräsident hat das Wort." Dieser aber sagte: „Ich will hier die Frage, inwieweit ein Ordnungsruf für das Staatsministerium überhaupt zu rechtfertigen ist, nicht erörtern. — Diese Drohung, Preußen wehrlos zu machen, sprach derselbe Abgeordnete v. Unruh aus, dessen Namen mit der Steuerverweigerung von 1848 . . ." (Unterbrechung.) Vicepräsident Behrend erklärte nun, die letzte Bemerkung Bismarck's stehe „mit der gegenwärtigen Frage nicht im lockersten Zusammenhang." Darauf Bismarck: „Ich kann dem Herrn Präsidenten das Recht zur disciplinarischen Unterbrechung meiner Aeußerungen nicht einräumen; ich unterliege nicht dem disciplinarischen Einfluß der Kammer. Die Disciplinargewalt des Herrn Präsidenten hat an diesen Schranken ihre Grenzen. Ich habe zum Vorgesetzten nur Se. Majestät den König, und ich wüßte nicht, welche Gesetzes- oder Verfassungsbestimmung mich der Disciplin des Herrn Präsidenten dieses Hauses unterstellte. (Unterbrechung.) Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen . . ." — Vicepräsident Behrend erklärte darauf: „Ich muß den Herrn Ministerpräsident trotz dieser letzten Aeußerung dennoch unterbrechen. Der Präsident dieses Hauses übt in diesem Saale seine Disciplinargewalt aus, soweit diese vier Wände reichen; sie reicht nicht am Ministertische." (Lebhaftes, anhaltendes Bravo!) — „Ich muß diese Ansicht als eine irrthümliche bezeichnen", versetzte Bismarck, „welche von der königlichen Staatsregierung nicht getheilt wird. Also, ich sagte: Derselbe Abgeordnete v. Unruh, welcher im Jahre 1848 seinen Namen unauslöschlich mit der Steuerverweigerung verknüpft hat." (Stürmische Bewegung in der Versammlung: „Das ist unwürdig — vertagen!" Andauernder Ruf der Glocke des Präsidenten.) — Vicepräsident Behrend droht darauf, die Sitzung zu vertagen, falls die Unruhe fortdauere oder der Ministerpräsident noch einmal Aeußerungen wiederhole, welche der Präsident als zur Discussion nicht gehörig bezeichnet habe. — „Ich kann den Herrn Präsidenten nicht an der Vertagung hindern", entgegnete Bismarck. „Ich habe kein Bedürfniß, meine Herren, eine zweimalige Aeußerung zu wiederholen, und glaube, Sie haben mich verstanden." (Große Bewegung. Ruf nach Vertagung und Widerspruch dagegen.)

Trotz dieser großen Erregung der Versammlung und der vielen scharfen und bitteren Worte, die Bismarck noch weiter an die Gegner richtete, verlief die Verhandlung von da ab doch etwas ruhiger. Bismarck führte aus, „daß die Tendenzen, die Worte, die Namen von 1848 wieder im Vordergrund der

*) Unser Artikel beruht auf der Darstellung Dr. Hans Blum's in dem soeben erschienenen zweiten Bande seines Werkes „Fürst Bismarck und seine Zeit" (München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung).